

Internationaler Bund der Konfessionslosen und Atheisten e.V.

IBKA

Landesverband Berlin-Brandenburg

Stellungnahme zur Initiative „Pro Reli“

Folgen und Folgekosten

Im Land Berlin gibt es seit 1948 eine schulgesetzliche Regelung, mit der Religionsunterricht freiwilliges Schulfach ist. So alt sind auch die Bemühungen der Kirchen, diese nach Art. 7.3 Grundgesetz mögliche Regelung zu kippen und Religionsunterricht zum Pflichtfach mit einer Möglichkeit der Abmeldung zugunsten eines Ersatzfachs machen.

Die Initiative „Pro Reli“ will dies nun durchsetzen und fordert weiter, das bereits existierende integrative Fach Ethik zum Zwangersatzfach für den dann obligatorischen Religionsunterricht zu machen. Die mit übelsten Verdrehungen geführte Kampagne der „Pro Reli“-Initiative unterstützen die Berliner Großkirchen nach eigenen Angaben mit einer halben Million Euro.

Zur Meinungsbildung für den bevorstehenden Volksentscheid wollen wir mit diesem Material durch sachliche Aufklärung beitragen.

1. Wissen durch Glauben ersetzen?

Bisher ist Ethik in den Klassen 7-10 ein normales Unterrichtsfach für alle Schüler. Darin üben sie, einander auch trotz Verschiedenartigkeit mit Respekt und Toleranz zu begegnen, Grundwerte unserer Verfassung zu kennen und anzuerkennen und Konflikte friedlich zu lösen. Auch detaillierte Religionskunde gehört zum Lehrplan, unter Einbeziehung von Geistlichen.

Religionsunterricht gibt es bereits an den Berliner Schulen – als freiwilliges, weitgehend staatlich finanziertes Unterrichtsfach. Dem Volksbegehren „Pro Reli“ geht es aber um etwas anderes:

Die von „Pro Reli“ gewollte Abschaffung des Pflichtfachs „Ethik“ zugunsten eines Wahlpflichtfachs „Ethik / Religion“ würde dazu führen, dass im Rahmen eines ordentlichen Lehrfachs die teilnehmenden Schüler einseitig im Sinne der jeweils gewählten Religion gebildet werden. Aus wissenschaftlicher Sicht unterrichtete Religionskunde ist aber etwas anderes: Im Religionsunterricht gibt es keine ausreichend kritische Distanz

gegenüber den zentralen Inhalten, keine in einer aufgeklärten Gesellschaft selbstverständliche Abwägung und Bereitschaft zur Veränderung, wenn sich Aussagen als nicht mehr tragfähig erweisen. Die pädagogisch selbstverständliche Anforderung, Lehrende müssten im Unterricht auf eine Überwältigungsrhetorik verzichten, wird im Fach Religion zugunsten einer Missionierung der Schüler von vornherein ignoriert. Das von „Pro Reli“ angestrebte Wahlpflichtfach Ethik / Religion suggerierte schon durch seine Existenz, Wissenschaft und Glaube stünden auf einer Ebene. Dies ist aber keineswegs der Fall, und der Berliner Gesetzgeber würde sich damit auf ein gefährliches Glatteis der Spekulation und Orientierungslosigkeit begeben.

Wie steht es mit praktischen politischen Konsequenzen?

Christlicher Fundamentalismus („evangelikale“ Strömungen im Christentum) erhält neuen Auftrieb: Warum sollte nicht – als nächster Schritt – die Forderung aufkommen, auch im Biologieunterricht den „Kreationismus“ (eine nicht durch wissenschaftliche Argumente begründete Spekulation) gleichzeitig mit der Evolutionslehre (einem Gebiet der Naturwissenschaften) zu unterrichten?

Brisant (aus Sicht der Religionen) ist auch ein aufgeklärter Umgang mit der Sexualität – ein Thema, das die Kirchen gern schweigend übergehen oder mit Angst- und Schuldgefühlen beladen. Sollen Schüler künftig gezwungen sein, die Auswahl zwischen den konträren Positionen zweier ordentlicher Lehrfächer zu treffen?

Jeder fünfte Schüler in Berlin hat moslemische Eltern. Die Sorge um diese Kinder war seinerzeit Anlass zur Einführung des Fachs Ethik: Es geht darum, sie aus der „Parallelgesellschaft“ ihrer Stadtbezirke samt „Ehrenmord“-Ideologie heraus-

zuführen; sie sollen so besser als zuvor die Normen, Regeln, Gesetze und Werte unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung kennen und anerkennen lernen. Falls sich „Pro Reli“ durchsetzt, kann gerade diese Zielgruppe vom Ethikunterricht abgemeldet werden, um stattdessen islamische Bekenntnislehre (Koranunterricht) zu erhalten - ausschließlich, (statt Ethik) und von Klasse 1 bis Schulabschluss - auf Staatskosten und mit versetzungsrelevanten Noten. Denn geht es nach „Pro Reli“, werden sämtliche Religionsunterrichte zu ordentlichen Lehrfächern, also vom Staat garantiert und finanziert. Die Kontrolle, wer ihre Heilsbotschaften lehrt, hätten auch weiterhin die Religionsgemeinschaften, abgesichert durch Staatsverträge.

Islamunterricht gibt es auch jetzt schon als freiwilliges Angebot. Ob nun islamische Eltern dieses Angebot gern als „orientalische Heimatkunde“ oder nur durch den Druck ihrer direkten sozialen Umgebung annehmen, das muss hier nicht diskutiert werden. Aber es ist zu ahnen, welcher Gruppendruck gegenüber Migrantenkindern entstehen würde, die von ihren Eltern im Ethikunterricht belassen würden - sie nämlich wären die Leidtragenden bei einer Aufwertung des Religionsunterrichts zum ordentlichen Lehrfach. Überdies - der Umgang mit den dieses Fach beherrschenden islamischen Verbänden erfordere eine Änderung: Die Bereitstellung eines Gebetsraumes in den Schulen könnte obligatorisch werden; die Teilnahme von Mädchen am Sport oder die Frage der Kleidung wären wohl „respektvoller“ zu diskutieren - nicht etwa, ob ein Kopftuch zuzulassen ist, sondern ob es für islamische Schülerinnen verpflichtend wird!

Ein Konzept zur Durchführung eines Ethikunterrichts in den unteren Grundschulklassen existiert nicht; es gibt nicht einmal klare inhaltliche Vorstellungen. Erziehungswissenschaftler äußern erhebliche pädagogische Zweifel an der Mach-

barkeit. Hier könnten die Kirchen auf besonderen Zulauf von Schulanfängern hoffen - für einen Religionsunterricht, der mit niedlichen Bildergeschichten zu ihren heiligen Schriften aufwarten kann.

2. Folgekosten

Auf der Website des Berliner Landeswahlleiters findet sich die *Amtliche Kostenschätzung: Mit der Einführung eines zweistündigen Wahlpflichtbereichs Ethik / Religion für allgemeinbildende Schulen sind insbesondere für die Stundentafel-Erhöhung und die Teilungsstunden jährliche Mehrkosten in Höhe von ca. vier Millionen € verbunden.*

Eine Begründung wird nicht gegeben. Die vier Millionen Euro dürfen bezweifelt werden, denn bisher findet Ethikunterricht nur in der Sekundarstufe statt. „Pro Reli“ will aber einen Wahlpflichtbereich Ethik/Religion für alle Klassenstufen. Neu zu finanzieren wäre also das Fach Ethik in allen Grundschulen (Kl. 1–6) und Oberstufen (Kl. 11–13). Sämtliche Religionsunterrichte wären zu 100% vom Staat zu bezahlen; bisher machte die Bezuschussung zu 60–90% jährlich etwa 36 Mio. Euro aus. Wo die Träger des Religionsunterrichts bisher zu wenige Teilnehmer sahen, hielten sie keinen Religionsunterricht ab. Bei einem staatlichen Wahlpflichtfach Religion wäre dieser Spielraum viel kleiner: Die Durchführung des Religionsunterrichts auch bei nur wenigen Schülern würde zum Politikum, ebenso die Ausbildung und Einstellung der Lehrer für sämtliche Glaubensrichtungen. Die Behauptung von „Pro Reli“, durch Schülerabgang beim Ethikunterricht in den Klassen 7–10 werde Geld gespart, ist deshalb falsch, denn dass sämtliche Schüler zu den Religionsfächern

wechseln wollen, daran glauben die Kirchen wohl selbst nicht - kein Lehrer wird so eingespart. Alle Religionslehrer, ob nun christliche oder Koranlehrer, wären in den Staatsdienst zu übernehmen, mit kostenträchtigeren Arbeitsverträgen.

Weiter amtlicherseits: *Erhebliche zusätzliche Kosten entstehen zudem für die Lehrerbildung.*

Der Steuerzahler hat sich daran gewöhnt, die theologischen Fakultäten an den Universitäten zu finanzieren, an denen auch die Religionslehrer unter kirchlicher Hoheit ausgebildet werden (Theologie ist hier nicht mit Religionswissenschaft zu verwechseln, deren kulturelle und soziale Bedeutung wir bereits anfangs hervorgehoben haben). Auftrieb hätte die Einrichtung islamischer Studiengänge, von denen dann die Ausbildung der Islamlehrer zu übernehmen wäre.

Die in offizieller Darstellung veranschlagten Kosten für das Land könnten sich so als viel zu niedrig erweisen und auf 50 Millionen Euro belaufen.

Nun wird durch Volksabstimmung entschieden, ob unsere weltoffene, tolerante Hauptstadt Berlin das braucht, was uns die Initiative „Pro Reli“ durch Gesetz verordnen lassen will.

**Nehmen Sie am 26.4. an der
Volksabstimmung teil!**

Stimmen Sie mit „NEIN“ zu Pro Reli!

April 2009

**Internationaler Bund der Konfessionslosen
und Atheisten,
Landesverband Berlin-Brandenburg**

<http://lvbb.ibka.org/>